



Medienmitteilung des Schweizerischen Bauernverbandes vom 12. Oktober 2007

Referendum gegen AP 2011 nicht zu Stande gekommen

Der Schweizerische Bauernverband (SBV) ist froh, dass das Referendum gegen die AP 2011 nicht zu Stande gekommen ist. Das Referendum hätte die im Parlament erzielten Verbesserungen für die Bauernfamilien gefährdet. Die fehlende Unterstützung des Referendums zeigt, dass die unter der Führung des SBV verbesserte Version der AP 2011 eine breite Abstützung geniesst. Der SBV kämpft nun dafür, dass die Reform praxisgerecht umgesetzt wird.

Die Referendumsfrist gegen das im Rahmen der AP 2011 revidierte Landwirtschaftsgesetz ist gestern abgelaufen. Dem Komitee um den Genfer Winzer Willy Cretegnny ist es nicht gelungen, die notwendigen Unterschriften zu sammeln.

Der SBV hat sich gegen das Referendum ausgesprochen und ist entsprechend erfreut, dass dieses nicht zu Stande gekommen ist. Es hätte den Bauernfamilien mehr geschadet als genutzt, nachdem das Parlament die AP 2011 in wesentlichen Punkten zu Gunsten der Bauernfamilien korrigiert hat. So hat es beispielsweise der Zahlungsrahmen um 150 Mio. Franken weniger stark gekürzt. Zudem bleiben die Verkäsungs- und Siloverbotszulage auf dem heutigen Niveau. Mit der Zulassung von Parallelimporten wurde endlich ein Zeichen zur Senkung der hohen Produktionskosten gesetzt.

Die AP 2011 ist ohne Zweifel nach wie vor eine einschneidende Reform, die von den Bauernfamilien einiges abverlangt. Die Herausforderungen sollten dank der erwähnten Korrekturen aber in einer sozial verträglichen Art zu bewältigen sein. Der SBV setzt sich nun mit vollem Einsatz dafür ein, dass die Vorgaben des Parlaments in den Verordnungen praxisgerecht umgesetzt werden.

Das Ziel des Referendumskomitees ist es, die überbordende Liberalisierung zu bremsen und Auswüchse der fortschreitenden Globalisierung einzudämmen und den Aspekt der Ernährungssouveränität zu stärken. Dass fast 40'000 Personen das Referendum unterzeichnet haben zeigt, dass diese Forderungen ernst zu nehmen sind. Diese Anliegen werden auch vom SBV unterstützt und im Rahmen der WTO- respektive in die anstehenden bilateralen Verhandlungen eingebracht.

Rückfragen:

Hansjörg Walter, Präsident SBV, Mobile 079 404 33 92

Jacques Bourgeois, Direktor SBV, Mobile 079 219 32 33

Martin Rufer, Stv. Leiter Wirtschaft und Politik SBV, Mobile 078 803 45 54

www.sbv-usp.ch